Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 18 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Zeitzer Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang B oder C Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 48 — Sonnabend, den 2. Dezember 1922 — 26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten", in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Gesperrt", „Streik", „Zuzug fernhalten", werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

*

Gesperrt:

Firma Görsch-Söhne und das Grabsteingeschäft Georg Hepp in Stettin. In Dramburg, Betrieb Nerius. In Halle a. S. Firma a Brassard. In Köln Firma Hertel für Bildhauer.

Streik:

In Steinach (Schieferwerk A. Kleinert & Sohn). **In Köln** (Steinmetzen).

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von Stettin und Greifenhagen (Pommern). **Von Liegnitz** (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born). Von sämtlichen Betrieben in der Zahlstelle Jannowitz; Von Brieg und Ohlau (Bezirk Breslau). **Von Paderborn** (Gebr. Spalthoff).

Erledigte Bewegungen:

Naumünzach. Die Sperre über Siemens Bau-Union-Gesellschaft ist aufgehoben. Die Ursache wurde zugunsten der Kollegen beseitigt.

Das Tarifamt der SWG. hat am 11. November 1922 für die Pflaster- und Schottergruppe, Bezirk Pfalz, folgenden Schiedsspruch gefällt: Es erhalten alle Akkord- und Zeitlohnarbeiter vom 1.—15. November eine Stundenlohnzulage von 70 M., vom 16.—30. November eine Stundenlohnzulage weiterer 20 M. Hilfsarbeiter über 19 Jahre eine Zulage von 65 M. bzw. 85 M. Die Jugendlichen unter 19 Jahre erhalten 70, 60, 50, 40 und 30 Prozent der vollen Zulage. Die Kinder bzw. Frauenzulage bleibt in der bisherigen Höhe von 1 M. bestehen.

Odenwaldbezirk (Werkstein). Die in der letzten Lohnverhandlung festgesetzten Lohnsätze und Teuerungszulagen ab 30 November bzw. 1. Dezember werden bereits vom 16. bzw. 17. November bezahlt. Am 30. November bzw. 1. Dezember tritt eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage um 8100 Prozent ein. Die Teuerungszulage beträgt demnach ab 16. bzw. 17. November 11 900 Prozent, ab 30. November bzw. 1. Dezember 15 000 Prozent. Die Stundenlöhne betragen ab 30. November bzw. 1. Dezember für Steinbrecher 210 M., Steinmetzen 207 M., Schleifer 205 M., Hilfsarbeiter 189 M. Die Steinbrecher erhalten außerdem 3 Prozent Kleiderzulage.

Ohlsdorf b. Hamburg. Streik mit Erfolg für die Kollegen beendet.

Ein wichtiger Vorgang.

In der Reichsregierung, soweit sie im Reichskanzler und den Reichsministern ihren Ausdruck findet, hat sich in der verflossenen Woche eine auffallende und für die Arbeiterschaft wichtige Aenderung vollzogen. Dieser Personenwechsel erfordert von den Gewerkschaften größte und dauernde Beachtung; denn die Gewerkschaften sind bekanntlich die Hüter und Verfechter wirtschaftlicher Arbeiterrechte, ihre gewerkschaftliche Aufgabe beschränkt sich nicht nur auf die Verteidigung erworbener oder erkämpfter Rechte, nein, ihr Streben und Wirken geht bekanntlich dahin, zu den einmal innehabenden Positionen neue zu gewinnen. Deshalb kann es den Gewerkschaften durchaus nicht gleichgültig sein, welche Männer berufen wurden, nunmehr das Staatsschiff der deutschen Republik zu lenken. Um bei diesem Schiffsbilde zu bleiben, muß gesagt werden, daß seine Bemannung im Handeln, im Wollen und im Unterordnen nicht einig ist; denn Eigennutz, Gewinnsucht, Reichtum und maßloses Elend treibt die Bemannung des Schiffes gegeneinander auf, und wenn nun die Führer des Schiffes, hauptsächlich der erste Steuermann es nicht fertig bringen, den am meisten leidenden Besatzungsteilen zu helfen, sie vor Verzweiflungsausbrüchen über ihre elende Lage zu bewahren und es im weiteren nicht versteht, die Ansprüche der anderen, die vom Eigennutz, Gewinnsucht und Reichtum diktiert werden, ganz gehörig zurückschrauben, dann wird es nicht gelingen, das schwankende Staatsschiff in einen ruhigen Hafen zu bringen. Man könnte das Bild noch erweitern und hinzufügen, daß in dem ersehnten Hafen Kräfte am Werke sind, die danach trachten, das Einlaufen des Schiffes überhaupt zu verhindern und denen es nicht unangenehm wäre, wenn das Schiff dauernd von Wind und Wellen zerzaust hin und her geworfen wird. So sind die Zustände in Deutschland mit knappen, groben Strichen im Bilde dargestellt, ohne dabei auf bildliche Einzelheiten und Feinheiten besondern Wert zu legen.

Warum nun plötzlich die Aenderung im Reichskabinett notwendig wurde, ist in der Tagespresse genügend dargelegt, nur nicht immer richtig. Wie bei allen wichtigen politischen und wirtschaftlichen Vorkommnissen der letzten Jahre wird auch hier wieder fälschlicherweise versucht, der großen Linkspartei im Reichsparlament die Schuld über die Regierungsänderung aufzubürden. Demgegenüber kann behauptet werden, daß rein äußerlich betrachtet, gar keine Veranlassung vorlag, die bisherige Regierungskoalition (Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten) durch die Deutsche Volkspartei zu erweitern versuchen und dadurch das arbeitende Volk zu provozieren. Die innere Veranlassung ist eigentlich darin zu suchen, daß die bürgerlichen Parteien — mit Ausschluß der Deutschnationalen — eine Arbeitsgemeinschaft gebildet haben als Gegengewicht zu der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft der genannten bürgerlichen Parteien mußte logischerweise das Verlangen herauswachsen auf größeren Einfluß in den Regierungsstellen und damit auf die innen- und außenpolitischen Handlungen. Die so bitter notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen der Markwährung, die von der linken Seite des Reichsparlaments in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften wiederholt und dringend gefordert wurden, schienen dazu die beste Gelegenheit zu bieten. Eine Regierungsnote am 13. November an die Reparationskommission enthält eine Art von Programm zur Stabilisierung der unglücklichen deutschen Währungsverhältnisse und enthält weiter sonstige Voraussetzungen, unter denen die Reparationslasten und Sachleistungen von Deutschland getragen werden können. Voraussetzungen, zu denen die Gewerkschaften ganz anders stehen als die bürgerlichen Parteien, wir brauchen nur zwei Punkte herauszugreifen: „Beseitigung der Zwangswirtschaft", und „Produktionssteigerung", ohne heute des näheren darauf einzugehen. Diese Note war nach Auffassung des nunmehr erledigten Reichskanzlers Dr. Wirth der Boden, um die große Koalition ins Leben zu rufen, das heißt, auch der Deutschen Volkspartei einen gewissen Einfluß in der Regierung zu sichern. Die Versuche der Verwirklichung scheiterten an dem energischen Widerstande der Sozialdemokraten, denen die Deutsche Volkspartei grund ihres bisherigen Verhaltens keine Gewähr bietet zum ersprießlichen Arbeiten in der Regierung. Auch die erneuten Versuche zur Bildung der großen Koalition durch den neuen Reichskanzler Dr. Cuno mußten scheitern. Die Folge war, daß nun eine rein bürgerliche Regierung gebildet wurde. Dieser Vorgang hat vielleicht nicht die Billigung aller Gewerkschaftler gefunden und es wird nicht an Stimmen fehlen, die das Verhalten der großen Linkspartei verurteilen. Doch wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, war eine andere Haltung wohl nicht möglich. Die Stärke und der Einfluß der Arbeiterklasse tritt in der Hauptsache durchaus nicht durch Besetzung von Ministerposten in Erscheinung, auch nicht durch große Reden im Parlament, nein, die Stärke liegt verankert in den großen und festgefügten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Sind diese intakt, dann kann auch eine rein bürgerliche Regierung nicht gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger regieren.

Sieht man sich nun die neuen Männer an, dann haben allerdings die Gewerkschaften alle Ursache, auf der Hut zu sein. Einem von ihnen wurde im Reichstag der Brustlatz ganz gehörig gelüftet und wegen eines recht schwarzen Fleckes, der nicht abzuwaschen ging, mußte er wieder abtreten. Dr. Müller (Bonn) heißt der Herr, er war zum Ernährungsminister ausersehen; seine Ministerherrlichkeit hat nur vier Stunden gedauert, das ist kein gutes Omen für das neue Kabinett. Mit der nötigen Dosis Mißtrauen und wenn es sein muß, zum Aeußersten bereit, wird die organisierte deutsche Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft das Wirken des neuen Reichskabinetts verfolgen. Das Eigenartige bei dem ganzen Vorgang war, daß gewisse Börsenmanöver zur Senkung des Devisenkurs führten. Man geht nicht fehl, hier eine Mache zur Erleichterung reaktionärer Vorhaben zu vermuten. Die nicht unbedeutende Senkung bringt weniger dem Konsumenten, sondern nur jenen Leuten Vorteil, die sich durch die Arbeits- und Konsumkonskraft der großen Masse ihren Daseinskampf bestreiten lassen. Die Konsumenten haben trotz der Senkung des Dollars, Preissteigerungen in Kauf nehmen müssen.

Die reaktionäre Meute in Deutschland frohlockt natürlich, daß jetzt eine nach ihrer Ansicht ganz stubenreine Regierung die Führung übernommen hat. Den Weiterblickenden in den bürgerlichen Parteien ist jedoch nicht ganz wohl bei der Sache, das steht fest; denn die Arbeitermassen Deutschlands sind zu geschult und diszipliniert, um sich etwa beiseite schieben zu lassen und wer es von den Bürgerlichen wirklich Ernst meint, daß die deutsche Republik sich selber aus dem Weltschlamassel herausarbeitet, der sieht in der Ausschaltung der organisierten, sozialistisch orientierten Proletarier aus der Reichsregierung eine große Gefahr und einen unklugen Schritt jener bürgerlichen Politiker, die es provoziert haben. Die bürgerliche Regierung mag nun den Beweis erbringen, was sie zu leisten imstande ist, nur soll sie nicht glauben, ihr „Programm" auf dem Rücken der körperlich und geistig schaffenden Produktionskräfte verwirklichen zu können.

Es ist müßig, nun hier etwa alles aufzuzählen, was wir für dringend notwendig halten zur Beseitigung und Bekämpfung des Volkselends; es ist ferner auch müßig, hier nun die künftigen politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und Unmöglichkeiten oder gar die Schattenseiten des Austritts aus der Regierung zu entwickeln. Für die Gewerkschaften ist vorerst eine abwartende Haltung angebracht, denn die Arbeiterschaft treibt nicht Politik um der Politik halber, sondern sie betätigt sich politisch, um für das schaffende Volk das Leben mit all seinen Anforderungen erträglich und angenehm zu machen. Dabei ist ihnen das sozialistische Programm und die gewerkschaftlichen Aufgaben Richtung zum Ziel! Sollte die neue Regierung, wie es den Anschein schon heute hat, bald auf den bekannten toten Punkt gelangt sein und die Volksmeinung durch eventuelle Neuwahlen zur Entscheidung aufgerufen werden, dann weiß jeder Gewerkschaftler, was er zu tun und zu lassen hat. Vorläufig schauen wir im Bewußtsein auf unsere Stärke der Entwicklung zu und werden danach unsere Maßnahmen zu treffen haben.

Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in der Steinindustrie.

(Chr. Schm.) Wir haben uns in unserm Verbande zusammengefunden, um einen Bau aufzurichten, in welchem sich alle unsere Mitglieder recht wohl fühlen sollen. Um allen Anforderungen gerecht zu werden, waren wir schon mehrmals gezwungen, den Plan unseres Baues zu ändern, Verbesserungen vorzunehmen. Wir haben dabei eine Grundlage, auf welche wir aufbauen und ein Ziel, auf welches wir hinstreben. Als Grundlage dienten uns bis jetzt die in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter, wobei wir unserer Rechnung immer die Ergebnisse der Berufszählungen zugrunde gelegt haben. Wenn wir uns dabei nicht verrechnen wollen, dann bin ich der Auffassung, daß wir die Zahlen der Berufszählung in bezug auf unsere Entwicklungsmöglichkeit mit etwas nüchteren Augen betrachten müssen, als dies bisher geschehen ist. Bei der letzten Berufszählung, die leider bereits schon 1907 vorgenommen wurde, konnten 150 930 Personen gemustert werden, die in der Steinindustrie Beschäftigung gefunden hatten. Diese Zahl schwebte uns auch immer vor, wenn es sich darum handelte, Agitation zu treiben oder unsere Organisation auf eine breitere Grundlage zu stellen. Wir müssen uns einmal darüber klar werden, daß diese Zahl von mehr als 150 000 für uns nicht als Maßstab dienen kann. Gewiß läßt sich auch das Gegenteil behaupten. Mit Behauptungen läßt sich aber ohne greifbare Unterlage nichts anfangen. Es wäre nur zu wünschen, daß die nächste Berufszählung nicht mehr allzulange auf sich warten läßt und daß dann vor allen Dingen das Hauptgewicht auf eine viel größere Spezialisierung gelegt wird. Mit den bisherigen Zusammenstellungen läßt sich wirklich verflucht wenig anfangen.

Soweit es das vorhandene statistische Material zuläßt, wollen wir heute einmal den Versuch unternehmen, die Gliederung der Steinindustrie in Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe etwas näher kennen zu lernen. Beginnen wollen wir gleich mit den Großbetrieben und muß dazu bemerkt werden, daß die Statistik alle Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten zu den Großbetrieben rechnet. Folgende Tabelle gibt uns darüber Auskunft. Es waren im Jahre 1907 beschäftigt:

In	358	Betrieben mit	51	bis	100	Arbeiter	24 520	Personen
„	176	„ „	101	„	200	„	28 910	„
„	51	„ „	201	„	500	„	15 050	„
„	6	„ „	501	„	1000	„	3 750	„
„	4	„ „	mehr als		1000	„	4 941	„

Demnach waren in 590 Betrieben, die mit mehr als 50 Arbeitern nach dem Begriff der Statistik unter die Großbetriebe fallen, 72 171 Personen beschäftigt. Aus dieser Zahl der Beschäftigten, die sich obendrein noch auf 590 Betrieben über ganz Deutschland verteilen, ist mit dem ersten Blick zu ersehen, daß die Großbetriebe in der Steinindustrie im Verhältnis zu andern Industriezweigen eine ganz untergeordnete Rolle spielen. Als der größte Betrieb in der deutschen Natursteinindustrie kann wohl die Basaltaktiengesellschaft in Linz a. Rh. angesprochen werden. Schon im Jahre 1913 hat dieser Betrieb 1 500 000 Tonnen Steine versandt. Im Verhältnis zur Zahl der Großbetriebe sind die Aktiengesellschaften in der Steinindustrie sehr stark vertreten. Bereits im Jahre 1911 wurden 37 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 49 188 000 Mark in der Steinindustrie gezählt. Ueber die seit 1911 vorgenommenen Neugründungen fehlen mir die notwendigen Unterlagen.

Wenn wir in der Steinindustrie von Großbetrieben reden, dann müssen wir uns von vornherein darüber klar sein, daß in den allerwenigsten Fällen die Arbeiterzahl dieser Großbetriebe in einen Betrieb konzentriert ist, sondern daß sich die Arbeiterzahl auf mehrere, oft sehr weit auseinanderliegende Betriebe verteilt. Die Gründe dazu sind in der natürlichen Beschaffenheit der Bruchanlagen, nicht zuletzt aber in den Transportmöglichkeiten zu suchen. In der Hauptsache darf dabei nicht vergessen werden, daß die Großbetriebe in der Steinindustrie nur dann in der Lage sind, rationell zu arbeiten, wenn sie auch allen Anforderungen gerecht werden können. Die Steinindustrie ist zu vielseitig, die Ansprüche an Material und Arbeit zu verschieden, um von einem Betrieb aus allen Wünschen nachkommen zu können. Ein Schleifereibetrieb hätte seine Aufgabe verfehlt, wenn er sich mit der Herstellung von Werksteinarbeiten befassen würde, während umgekehrt im Werksteinbetrieb Schleifereiarbeiten gar nicht hergestellt werden können. Der Werksteinbetrieb als solcher läßt wiederum Pflastersteinarbeiten nur in beschränktem Umfange, und zwar nur soweit zu, als das gewonnene Material zu Werksteinarbeiten keine Verwendung finden kann. Umgekehrt haben wir wieder Pflastersteinbetriebe, in denen die Herstellung irgendwelcher anderer Arbeiten von vornherein ausgeschlossen ist. Dort, wo heute Schotter produziert wird, ist auf Grund des vorhandenen Materials an die Herstellung anderer Arbeiten nicht zu denken. In der Sand- und Kalksteinindustrie ist es kein Jota anders. Sand- und Kalkstein werden niemals in einem Bruch gefunden. Mit Rücksicht auf die heutigen Frachtsätze kann also auch jedes Material nur dort verarbeitet werden, wo es auch gewonnen wird.

Wen jetzt eine Firma den Auftrag erhält, das Material für die Pflasterung einer Straße mit den dazu notwendigen Randsteinen, eventuell auch noch das Kleinpflaster für das Trottoir zu liefern, so ist es auf Grund der obigen Erläuterung leicht erklärlich, daß die Pflastersteine zum Beispiel in Niederbayern, die Randsteine in der Oberpfalz und das Kleinpflaster meinetwegen in Oberfranken, aber immer nur in den eigenen Betrieben der Firma hergestellt wird. Keine Großfirma wird Teile des übernommenen Auftrages an eine andere Firma ohne Zwang abgeben. Die Firma stellt vielmehr die drei Teile des Auftrages, die in diesem Falle in Frage kommen, dort her, wo ihr Material und ihre Bruchanlagen am rationellsten für diesen dreiteiligen Auftrag eingestellt sind. Mit diesen Ausführungen dürften wohl die Gründe dargelegt sein, warum sich in der Steinindustrie die Mehrzahl der Großbetriebe aus mehreren, oft sehr weit auseinander liegenden Betrieben zusammensetzt. Die Vorteile, die in solchen Fällen der Großbetrieb hat, liegen klar auf der Hand.

Ueber die Mittelbetriebe in der Steinindustrie unterrichtet uns die nachstehende Aufstellung. Es waren Betriebe vorhanden und in diesen Betrieben Personen beschäftigt:

1979	Betriebe mit	6	bis	10	Arbeitern	15 099	Personen
1373	„ „	11	„	20	„	19 883	„
1002	„ „	21	„	50	„	31 944	„

Die Statistik verzeichnet hier also 4354 Betriebe mit 66 866 beschäftigten Personen. Aus diesen Zahlen geht vor allem hervor, daß sich die Zahl der Betriebe gegenüber der Großbetriebe mehr als versiebenfacht hat, während die Zahl der in den Mittelbetrieben beschäftigten Personen um rund 7000 gegenüber jener in den Großbetrieben zurückbleibt. Soweit die Bruchanlagen der Mittelbetriebe in Frage kommen, kann besonders in der Hartsteinindustrie in den meisten Fällen von einer rationellen Anlage nicht gesprochen werden. Es ist manchmal ein Jammer, beobachten zu können, wie sich drei und noch mehr Firmen an der Ausbeute eines Felsens in einer Entfernung von kaum 15 Minuten beteiligen. Jeden einzelnen dieser Betriebe fehlt es an der notwendigen Bewegungsfreiheit. Die Aufstellung eines Kranes, die Anlage eines Schienenweges usw. läßt der Umfang des einzelnen Betriebes in solchen Fällen nicht zu. Die gewonnenen Rohblöcke müssen von den Kollegen mit Hilfe von Winden aus den Löchern herausgequält werden. Jeder einzelne dieser Betriebe benötigt wiederum seinen eigenen Lagerplatz und dazu seine eigenen Abfuhrwege, dazu dürfen noch die Poliere für jeden einzelnen Betrieb nicht fehlen. Im Verhältnis zur Größe des einzelnen Betriebes sind die Unkosten für jeden Betrieb dadurch sehr hoch. Durch eine Zusammenlegung so eng beieinander liegender Betriebe würden die Betriebsunkosten nicht nur bedeutend verringert, sondern die Ausbeute des Bruches würde dadurch auch viel rationeller gestaltet werden können. Die betreffenden Unternehmer wollen aber davon absolut nichts wissen. Wenn der Betrieb nicht den erwarteten Profit bringt, dann sind auf alle Fälle die „hohen" Löhne der Arbeiter daran schuld. Wir können unsere Betrachtungen über die Mittelbetriebe in der Steinindustrie dahin zusammenfassen, daß hier noch viel reformiert und konzentriert werden muß, wenn diese Betriebe den heute an sie gestellten Anforderungen gerecht werden wollen.

Die Eigenart der Steinindustrie bringt es mit sich, daß die kleinen Betriebe bis zu fünf beschäftigten Personen in der Zahl der Betriebe eine vorherrschende Stellung einnehmen. Wir hatten hier bei der gleichen Zählung 5077 Betriebe mit 17 715 beschäftigten Personen zu verzeichnen. Es kommen dabei vorwiegend die kleinen

Grabsteingeschäfte in Betracht. Durch die zunehmende maschinelle Bearbeitung, besonders des Hartgesteins, fallen diese kleinen Geschäfte immer mehr zum Grabsteinhändler herab. Die Arbeit beschränkt sich hier vorwiegend auf die Anfertigung von Schriften, Reparatur und Versetzarbeiten. Die in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter werden immer mehr zu Saisonarbeitern, mit Allerheiligen hat es in der Regel in diesen Betrieben für unsere Kollegen Feierabend gepfiffen! Die Verarmung des deutschen Volkes bringt es mit sich, daß gerade die Kleinbetriebe in der Steinindustrie, denen jede Verbindung mit dem Auslande fehlt, heute keine gute Position haben. Die Zeiten, in denen der Arbeiter und kleinere Beamte seinen Verstorbenen auch noch einen Grabstein kaufen konnte, gehören längst der Vergangenheit an. Die besitzende Klasse wendet sich dagegen bei Bedarf an Denkmälern wiederum fast nur den größeren Firmen zu. Wie die Lage in der Steinindustrie zur Zeit steht, sind die Aussichten für die Kleinbetriebe nicht günstig. Es muß damit gerechnet werden, daß die nächste Berufszählung einen weiteren Rückgang der Kleinbetriebe in der Steinindustrie verzeichnet.

Charakteristisch ist, daß die letzte Berufszählung auch 3861 Hausgewerbetreibende in der Steinindustrie aufzählt. Der Ausdruck Hausgewerbetreibende ist hier wohl nicht am Platze. Es kann sich in diesem Falle doch nur um Heimarbeiter handeln, die im Auftrag anderer kleine Arbeiten im eigenen Hausbetrieb herstellen. (Schleiferei in der Lausitz.) Daß wir diesen Unfug entschieden verurteilen, brauchen wir hier nicht besonders erwähnen.

Diese Zusammenstellung über die Gliederung der Steinindustrie in Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe beruht auf Grundlagen, die jetzt schon 15 Jahre alt sind. Solange uns aber keine neueren Zahlen vorliegen, müssen wir uns, so gut und schlecht es eben geht, damit behelfen und abfinden. Notwendig ist es noch, zu wissen, wie sich die in der Steinindustrie beschäftigten Personen auf die einzelnen Bundesstaaten verteilen. Es kommen dabei in Betracht:

	Betriebe	beschäftigte Personen
Preußen	6249	75 510
Bayern	1719	17 649
Sachsen	1603	18 723
Württemberg	1221	4 660
Baden	1225	8 519
Hessen	644	5 782
Mecklenburg-Schwerin	96	399
Mecklenburg-Strelitz	12	22
Sachsen (einstiges Großherzogtum)	138	619
Oldenburg	743	2 450
Braunschweig	196	2 812
Sachsen-Meiningen	312	3 416
Sachsen-Altenburg	38	152
Sachsen-Koburg-Gotha	123	713
Anhalt	50	1 005
Schwarzburg-Sondershausen	38	161
Schwarzburg-Rudolstadt	64	457
Waldeck	30	83
Reuß ä. L.	25	71
Reuß j. L.	44	676
Schaumburg-Lippe	19	89
Lippe	78	287
Lübeck	11	55
Bremen	21	229
Hamburg	76	672

Um das Bild zu vervollständigen, wäre es noch notwendig, zu wissen, auf welche Zweige sich die Beschäftigten verteilen. Leider läßt die Statistik ein genaues Bild darüber nicht zu. Die Gruppe 4 der Statistik wirft zum Beispiel die Schotterarbeiter mit den Steinbildhauern ohne weiteres in einen Topf. Mit einer solchen Aufstellung ist uns wirklich nicht gedient. Hoffentlich bringt die nächste Berufszählung diese Unterlagen in mehr detaillierte Form.

Zum Schlusse noch einige Worte über die Geschäftslage der Steinindustrie. Es gibt wohl keinen Industriezweig, der in so hohem Maße vom Wohlstand des Volkes abhängig ist, als gerade die Natursteinindustrie. Mit sehr wenigen Ausnahmen scheidet heute der einzelne in Deutschland als Abnehmer steinindustrieller Erzeugnisse vollständig aus. In Deutschland kommen heute als Abnehmer nur noch der Staat, die Kommunen und Städte, die Straßen- und Flußbauämter usw. in Frage. Aber auch hier ist die Abnahme infolge der Geldentwertung stark zurückgegangen. In den Jahren 1909 bis 1910, also in einem Zeitraum von zwei Jahren, hatten zum Beispiel in Deutschland 38 Städte nicht weniger als 11 717 027 Mark für Werkstein, Pflaster und Trottoirplatten ausgegeben. Welche ungeheure Summe müßte heute in Papiermark ausgegeben werden, um damit den Betrag von rund 12 Millionen Goldmark für diese Zwecke zu erreichen. Solche Riesensummen für Steinmaterial lassen sich heute durch die fraglichen Städte nicht mehr aufbringen. Die Folge war, daß sich die Steinindustrie in weit höherem Maße neue Absatzgebiete außerhalb der Grenzpfähle suchen mußte. Soweit Granitwerkstein, Pflaster und Schotter in Frage kommt, sind diese Zweige auch an den Reparationsleistungen beteiligt. Der Beschäftigungsgrad ist daher in diesen Zweigen durchwegs ein guter zu nennen. Eine andere Einstellung müssen schon diejenigen Zweige vornehmen, die vorwiegend auf die Privatkundschaft des Auslandes angewiesen sind. Auslandsgeschäfte trugen schon von jeher ein bestimmtes Risiko in sich. Daran hat sich auch heute noch nichts geändert. Die Unternehmer müssen sich auch in Zukunft damit abfinden. Bedauerlich ist dabei nur die Tatsache, daß wir unsere eigenen Bodenschätze wegen Mangels an Geld nicht selbst verwenden können und daß sich das valutastarke Ausland jetzt reichlich damit eindecken kann.

Mit diesen Zeilen konnten wir den älteren Kollegen nichts neues erzählen. Da aber auch die seit Beendigung des Krieges neu zu uns gekommenen Kollegen berufen sind, an dem Aufbau unseres Verbandes mitzuhelfen, muß auch diesen Kollegen die Struktur der Steinindustrie und ihre Gliederung vor Augen geführt werden. Erst dann, wenn jeder über die Struktur unserer Industrie unterrichtet ist, werden alle Kollegen, ein jeder nach seinen Kräften dazu beitragen können, daß wir unserem Bau ein Gepräge geben, das allen Anforderungen entspricht.

Die verbesserten Notstandsmaßnahmen für Sozialrentner.

Die rasende Geldentwertung der letzten Wochen hat zu einer abermaligen Ausgestaltung des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern über Notstandsmaßnahmen stelltenversicherung geführt. Sie besteht im allgemeinen darin, daß das Existenzminimum für diese Sozialrentner hinaufgesetzt worden ist. Zwar sind auch die neuen Einkommenssätze noch ungenügend, da sie eine menschenwürdige Lebnshaltung noch nicht gewährleisten, immerhin ist die neueste von der Sozialdemokratie angeregte Verbesserung zu begrüßen.

Nach den neuen, rückwirkend vom 1. Oktober in Kraft tretenden Bestimmungen ist die Unterstützung in der Invlidenversicherung nach den Umständen und im Höchstbetrage so zu bemessen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von achtzehntausend Mark, einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von fünfzehntausend Mark, einer Waisenrente den Betrag von siebentausend Mark erreicht. Entsprechende Unterstützungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn sie invalide im Sinne der Invalidenversicherung sind. Hat der Rentenempfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht selbst eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzurechnende Grenze um einhundert Mark für jedes Kind. Für das vierte und jedes weitere Kind beträgt diese Erhöhung sechshundert Mark. Elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Rentenempfänger ganz oder überwiegend bestreitet, werden jenen Kindern gleichgestellt.

Eine Verbesserung ist auch in der Anrechnung anderweitiger Bezüge eingetreten. Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens bleibt das Arbeitseinkommen der Rentenempfänger nunmehr bis zum Jahresbetrag von zwölftausend Mark außer Ansatz. Bis zum Betrage von viertausendachthundert Mark insgesamt sind auf das Gesamtjahreseinkommen nicht anzurechnen Bezüge auf Grund der Militär- und Kriegsversorgung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungseinrichtungen sowie aus Sparguthaben. Bestehen geblieben ist die unglückliche Bestimmung, daß die Bezüge der Hinterbliebenen hierbei zusammenzurechnen sind. Das bedeutet eine schwere Schädigung zum Beispiel der Witwen mit vielen Waisen. Ihre Bezüge werden zusammengerechnet und der Betrag von 4800 Mark kommt nur einmal in Abzug. Dadurch wird der verbleibende Betrag um so größer und die zu gewährende Beihilfe um so kleiner. Weiterfort wird auch Einkommen aus Unterstützung durch Angehörige auf das Gesamtjahreseinkommen angerechnet. Es bleibt nur erst dann außer Betracht, wenn jene Unterstützungen über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder über vertraglich übernommene Verpflichtung hinausgeht. In einer Ausführungsanweisung schrieb einmal der preußische Minister für Volkswohlfahrt, daß nicht nur solche Unterstützungsbeträge in Ansatz kommen, die tatsächlich geleistet werden, sondern auch die geleistet werden müßten. Der Minister hält es für zulässig, den Umfang der gesetzlichen Unterhaltsansprüche in der Weise zu berechnen, daß dem Unterhaltspflichtigen, also zum Beispiel den erwerbstätigen Kindern, kein höheres Einkommen verbleibt, als die seinem Familienstand entsprechenden Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge ergeben. Indes haben die Stellen, welche die Unterstützung festsetzen, hier einigen Spielraum, und sie können sehr nach Lage des einzelnen Falles entscheiden. Es kann sehr wohl den selbständig erwerbenden Kindern auch über die Sätze der Erwerbslosenunterstützung hinaus ein angemessener Teil ihres Arbeitsverdienstes belassen werden.

Die Renten werden wie bisher mit einem bestimmten einheitlichen Betrag auf das Gesamtjahreseinkommen angerechnet. Dadurch wird das ganze Rechnungswerk vereinfacht. Es kommt in Ansatz eine Invaliden- oder Altersrente mit 3400 M., eine Witwenrente mit 3200 M. und eine Waisenrente mit 1600 M. Ob die Rente tatsächlich so hoch ist, ist gleichgültig. Die Rentenempfänger können angehalten werden, daß sie über ihre Angaben eine eidesstattliche Versicherung abgeben. Vorher sind sie darüber zu belehren, daß sie mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden können, wenn sie unwahre Angaben machen. Die Gemeinden können die den Unterstützungsberechtigten (Rentenempfängern) gegen dritte, also zum Beispiel gegen unterhaltspflichtige Söhne, zustehenden Unterhaltsansprüche selbst verfolgen.

Da die Durchführung der ganzen Hilfsaktion den Gemeinden überlassen ist, haben auch diese darüber zu befinden, ob sich aus Anlaß des neuen Gesetzes sämtliche Rentenempfänger von neuem melden und Anträge auf die erhöhten Unterstützungen vorbringen müssen, oder ob sie nur jene zu neuen Anträgen auffordern, die bislang eine Unterstützung nicht bekommen oder bei denen sich die Einkommensverhältnisse wesentlich verändert haben. Im Interesse der Beschleunigung der ganzen Maßnahmen dürfte dieses abgekürzte Verfahren sehr zu empfehlen sein. Die Behörden besitzen schon Akten über jeden Rentenempfänger, die genaue Angaben über Einkommens- und Vermögensverhältnisse usw. enthalten. In der Regel kann auf Grund dieser die neue Erhöhung sehr wohl fortgesetzt werden.

Der Kampf um den Achtstundentag in Deutschland.

In dem Hauptblatt von Stinnes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (7. November 1922), verkündet der Chefredakteur Paul Lensch: „Die Stabilisierung der Mark steht nicht am Anfang, sondern am Ende eines großen sozialen Reformprogramms, und es ist eine ausgesuchte Charlatanerie, die Stabilisierung der Mark als eine reine Währungsfrage aufzufassen, wie es jetzt die Gelehrten, die Fachmänner und die Minister der Reichsregierung tun." „Die allererste Voraussetzung zur Stabilisierung der Mark ist Hebung der Arbeitsleistung. Wir fragen hiermit vor aller Welt: Was hat die Regierung Wirth getan, um die Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen?" „In der lebenswichtigen Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsintensität," heißt es an anderer Stelle, „kommt es gar nicht auf „grundsätzliche", d. h. schematische Feststellungen, sondern allein auf die praktische Durchführung des wirtschaftlich Notwendigen an." — Was ist das wirtschaftlich Notwendige nach Ansicht dieser Kreise: die Beseitigung des Achtstundentages; wenn sie erreicht ist, kommt angeblich die Steigerung der Produktion, die Stabilisierung der Mark und der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands, Europas und der Welt von selbst.

Dieser weitverbreiteten verblendeten Auffassung tritt die „Frankfurter Zeitung" vom 4. November 1922 scharf entgegen. Daß die Vermehrung der Produktion „nur eine Frage des Achtstundentages sei", erklärt sie für ein Schlagwort; und dieses Schlagwort „wird nachgerade, was ja von manchen wohl auch beabsichtigt war, zum politischen Mittel". Sie gibt dann einen Ueberblick über die Faktoren, die als Ursachen der Verminderung der deutschen Produktion anzusehen sind.

„Daß ein beträchtliches Minus der Produktion auf den Umfang des heutigen Reiches gerechnet, gegenüber der Vorkriegszeit besteht, ist gewiß, aber liegt das nur an den Arbeitern? Niemand wird bestreiten, daß es zu einem Teile auch an verringerter Arbeitszeit, ungenügender Intensität der Arbeit und unzweckmäßigen Lohnformen liegt, aber man muß sehr oberflächlich sein oder nicht sehen wollen, um die anderen, höchst wichtigen Faktoren unberücksichtigt zu lassen. Durch den Krieg haben wir Land verloren und damit Rohstoffe, die für unsere Wirtschaft von außerordentlicher

Die Technik der Steinbearbeitung.

(P. S.) Die Steinbearbeitung ist bekanntlich ein sehr altes Handwerk. Ihre Technik zu studieren, ist von besonderm Interesse, kann aber nicht Aufgabe dieser Zeilen sein, die nur einen Hinweis darstellen sollen. Im Grunde genommen ist aber die technische Bearbeitung des Steins seit Jahrtausenden immer dieselbe, natürlich mit Abweichungen und Vervollkommnungen, die hauptsächlich auch mit der Vervollkommnung der Werkzeuge und Maschinen zusammenhängen. Schon die alten Aegypter haben mit einer Art von Meißeln gearbeitet wie der moderne Steinarbeiter und Steinkünstler, die ebenso, mit wenigen Abweichungen, geformt waren; natürlich hat sich das Material geändert, aus dem die Meißel bestehen, denn in den ältesten Zeiten kannte man noch keine Meißel aus Eisen, sondern aus Bronze, die durch eine besondere Herstellungsweise, die uns unbekannt geblieben ist, einen so hohen Grad von Härte erhielt, daß solche Instrumente für die Steinbearbeitung hergestellt werden konnten.

Die technischen Errungenschaften, die in der neueren Zeit den Werkzeugen zuteil wurden, dienen vorzugsweise der geraden Fläche, insbesondere auch, was die maschinelle Bearbeitung anlangt. Hier ist nun ein Punkt gegeben, auf den besonders hingewiesen sei, nämlich Fälschungen an Steinfiguren nachzuweisen. Bekanntlich wird heutzutage viel gefälscht, um unter dem Zeichen der Echtheit recht hohe Preise, am liebsten Liebhaberpreise, herauszuschlagen. Im Antiquitätenhandel blüht diese Fälschungsweise am meisten, wie überhaupt auf dem Gebiete der Kunst. Sollte die Bildhauerkunst eine Ausnahme machen?

Auf den ersten Blick scheint es, als ob hier Fälschungen kaum vorkommen könnten, ja, als ob solche gar nicht existierten. Allerdings ist es auf dem Gebiete der Bildhauerkunst nicht so einfach zu fälschen, und, wenn es unternommen wird, verraten sich solche Fälscher oft durch Gedankenlosigkeiten. Wenn nämlich solche Figuren oder andere Skulptur-, resp. Architekturarbeiten in der Weise nachgeahmt worden sind, daß man sich moderner Hilfsmittel bedient hat, so ist die Fälschung klargelegt. Hier werden zum Beispiel Schnittflächen zum Verräter, die mittels moderner Werkzeuge resp. Maschinen hergestellt sind, so daß das betreffende Werk entschieden nicht als „echt" angesprochen werden kann. Auch andere, moderne Methoden, wenn man von den durch Diamantsägen hervorgerufenen Schnittflächen absieht, können zur Aufdeckung einer Fälschung führen, wie zum Beispiel das Schneiden mit Stahlspänen. Die Diamantsäge stammt ja erst aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts, während der Schnitt mit Stahlspänen etwas früher angewandt wurde. Auch die besondere Wirkung des Sandstrahlgebläses auf den Stein, wie das Punktieren, bedarf besonderer Beachtung bei der technischen Bearbeitung des Steins, wenn es sich darum handelt, etwa die Echtheit einer alten Steinfigur oder einer anderen bildhauerischen oder architektonischen Arbeit nachzuprüfen. So kann zum Beispiel bei Anwendung der Punktiermaschine, die auch erst seit etwa dem Ende des vorigen Jahrhunderts in Gebrauch kam, durch das Auffinden von Spuren in dem Stein, die das Instrument, wenn sie auch noch so fein sind, hinterläßt, leicht nachgewiesen werden, daß das betreffende Werk einer modernen Werkstatt entstammt und keinen „antiken" Wert besitzt.

Dies alles sind Fälschungsmerkmale, die in der Bildhauerei und Architektur eine große Rolle spielen, wenn auch nicht in dem Grade, wie etwa die mitunter viel schwieriger nachzuweisenden Fälschungsmerkmale bei Gemälden, die ja bekanntlich viel häufiger Fälschungen unterliegen als plastische Werke. Immerhin dürfte es angebracht erscheinen, gerade in unserer Zeit auf einige solche Fälschungen hinzuweisen, die die Bildhauerei angehen.

Die Marmorindustrie im Bergbaubezirk Carrara.

Im Bereiche des Bergbaubezirks Carrara waren im Jahre 1912 in Betrieb: 768 Marmorbrüche, 153 Sägereien mit 750 Gattern und 140 Werkstätten zur Bearbeitung des Marmors. Die Zahl der in der gesamten Marmorindustrie beschäftigten Arbeiter belief sich vor dem Kriege auf rund 22 000.

Die Produktion an Rohblöcken in den Brüchen der „Apuanischen Alpen" betrug im Jahre 1918 71 917 Tonnen, was eine Abnahme gegenüber 1917 um 41 563 Tonnen und gegenüber 1912 — in welchem Jahre die bisher höchste Produktionsziffer erreicht worden ist — um 375 667 Tonnen bedeutet. Die Gesamtproduktion an gesägtem Marmor (Platten) betrug 1918 30 908 Tonnen bei einer Verminderung gegenüber 1917 um 20 752 Tonnen und gegenüber 1912 um 140 890 Tonnen. Die Gesamtproduktion an fertig bearbeitetem Marmor belief sich 1918 auf 3103 Tonnen, bei einer Abnahme gegen 1917 um 2824 Tonnen und gegen 1912 um 14 693 Tonnen. Zur Ausfuhr gelangen im allgemeinen nur die besseren Qualitäten, während die geringwertigen im Inlande verarbeitet werden. Im Jahre 1918 betrug der Marmorexport von den Häfen Carrara (Marina), Massa (Marina), Fort bei Marmi, Viareggio, Livorno und Genua, sowie von den Eisenbahnstationen im Bergbaubezirk Carrara an Rohmarmor in Blöcken 21 989 Tonnen, an gesägten Platten 25 482 Tonnen und an bearbeitetem Marmor 3731 Tonnen, was eine Abnahme der Exportmenge um 27 205 Tonnen gegen 1917 und 275 751 Tonnen gegen 1912 bedeutet.

Die ungeheure Abnahme der Produktion und des Exportes ist der teilweise völligen Einstellung und der Einschränkung der Betriebe infolge des Krieges zuzuschreiben. Es ist stets der Vergleich mit dem Friedensjahr 1912 angestellt worden, weil das Jahr 1913 infolge der damaligen Arbeiteraussperrungen und sonstiger größerer Streikbewegungen, die einen über dreimonatigen völligen Stillstand der Industrie verursacht hatten, nicht als normal betrachtet werden kann. Der Gesamtexport im Jahre 1912 nach allen Ländern an rohem, gesägtem und bearbeitetem Marmor betrug 389 459 Tonnen. Deutschland stand vor dem Kriege in der Einfuhr italienischen Marmors von allen europäischen Staaten an erster Stelle. Von der letztgenannten Menge entfielen auf Deutschland 47 556 Tonnen, auf Frankreich 34 891 Tonnen, auf England 31 435 Tonnen und auf Belgien 27 192 Tonnen. Uebertroffen wurde Deutschland nur von den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit einer Einfuhr von 55 347 Tonnen. Nach einer Statistik der Handelskammer Carrara ist im Jahre 1920 erst wenig mehr als die Hälfte der höchsten Friedensexportziffer (389 459 Tonnen) mit 201 728 Tonnen erreicht worden. Davon entfielen auf die Haupteinfuhrländer: England 34 279 Tonnen, Vereinigte Staaten 33 911 Tonnen, Frankreich 28 582 Tonnen, Belgien 15 479 Tonnen, Deutschland 6848 Tonnen. Deutschland hat demnach 1920 im Vergleich zu 1912 nur etwa ein Siebentel der Friedensmenge eingeführt. Diese bedeutende Abnahme ist die Folge der Einschränkung, die seitens der deutschen Regierung der Einfuhr ausländischen Marmors aus Valutarücksichten noch heute auferlegt ist.

Zur gegenwärtigen Lage der Marmorindustrie Italiens ist zu bemerken, daß diese zwar wieder einen bedeutenden Aufschwung genommen hat, doch seit etwa Mitte 1921 stark unter der allgemeinen Wirtschaftskrise leidet. Ganz besonders empfindlich macht sich das Stocken des Absatzes nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika bemerkbar. Die Abnahme des Exportes infolge der Krise im Jahre 1921 gegenüber 1920 wird auf über 40 000 Tonnen geschätzt. Eine Reihe von Brüchen und Werkstätten haben die Betriebe einschränken und teilweise ganz einstellen müssen. Die Folge davon ist, daß zahlreiche Arbeiter der Arbeitslosenfürsorge zur Last fallen. Die Verkaufspreise des Marmors von Carrara werden von der „Union fra gli Esportatori di Marmi" mit dem Sitze in Carrara geregelt. Die Produktionskosten und dementsprechend die Verkaufspreise sind gegenüber 1914 um etwa das Sechsfache gestiegen.

Zur Bewertung des in der Marmorindustrie des Bergbaubezirks Carrara angelegten und zirkulierenden Kapitals sind keine Grundlagen vorhanden. Die Produktionsziffern sprechen jedoch zur Genüge dafür, wie erheblich das Kapital sein muß, da die Marmorbrüche die Festlegung gewaltiger Summen, sowohl wegen ihrer wirklichen eigentlichen Werte, als auch wegen der sehr kostspieligen technischen Anlagen zur rationellen Ausbeutung, zur Bearbeitung der Marmorblöcke und zu ihrem Abtransport erfordern. Deutsche Erzeugnisse, die für die Einfuhr in den Marmorbezirk hauptsächlich in Betracht kommen, sind die in der Marmorindustrie Verwendung findenden Maschinen, Werkzeuge und Materialien, wie: vollständige Sägegatter und Trennsägen, Drahtsägenanlagen, Steinbearbeitungsmaschinen jeder Art nebst Zubehör, wie Schleif-, Polier-, Karborundummaschinen, Drehbänke, Luftdruckwerkzeuge (Bohrer und Meißel), elektrische Motore — bis 20 PS — Schmalspurgleise und Wagen, Krananlagen für elektrischen und Handbetrieb, Steinwinden. Laufender Bedarf ist stets in Sägeblättern und sogenannter Sägelitze, ein- und zweiseitig gedreht, für Drahtsägen, Schweißstahl zur Herstellung von Spitzeisen und Meißeln, rund und achtkantig in der Stärke von 16 bis 18 Millimeter, Hämmer, künstliche Schleifsteine, Karborundum, Schleif- und Poliermaterial und Steinkitt. Nach dem Kriege sind in Carrara und Massa neue Sägereien mit deutschen Maschinen ausgestattet worden, die zur größten Zufriedenheit der Inhaber arbeiten. Auch stets bevorzugte deutsche Materialien, besonders Sägeblätter und Sägelitze haben Eingang gefunden. Seit Inkrafttreten des neuen italienischen Zolltarifs vom 1. Juli 1921 hat aber jegliche Einfuhr fast aufgehört, da die übermäßig hohen Zölle die Waren derartig verteuern, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig sind.

Kind zum Vater!

Ich bin in deine starken Hände
Wie in dein lieb Gesicht vernarrt.
Von Arbeit, Arbeit ohne Ende
Sind heute sie verwelkt und hart.

Und wahre Liebe unermessen
Steckt in den vielen Falten drin.
Ich glaub', ich hab zu oft vergessen,
Was ich den Händen schuldig bin. — —

Albert Schaffner.

Bedeutung waren. Wir haben einen Teil Oberschlesiens und vorläufig die Verfügung über das Saargebiet verloren. Was allein der Verlust an Kohle, der damit verbunden ist, für die deutsche Produktion bedeutet, sollte man nach all den Erörterungen der letzten Jahre nicht mehr darzulegen brauchen. Es sei nur nochmals daran erinnert, daß durch diese Verluste auch Umstellungen des Rohstoffverkehrs nötig wurden; die Kohlenversorgung Süddeutschlands zum Beispiel geht heute andere, schwierigere Wege als vor dem Kriege, und das gleicht sich nicht so rasch aus. Dann aber wollen wir doch auch nicht vergessen, daß der größte Teil der deutschen Industrie seit einer Reihe von Jahren nahezu ohne Konkurrenz arbeitet und das nicht geeignet ist, zu produktionssteigernden Verbesserungen anzuspornen. Erst hat der Krieg den Wettbewerb verhindert, dann die Valuta. Aber es kommen manchmal noch andere Umstände hinzu. Von einer großen Industrie ist uns bekannt, daß sie durchschnittlich nur etwas über 70 Prozent der Friedensmenge produziert, aber wenn man das nach Gebieten scheidet, sieht die Sache anders aus: im Westen beträgt die Prozentzahl über 90, im Norden über 70, im Süden erheblich unter 60. Können solche Differenzen an den Arbeitern liegen? Nein, sondern es verhält sich einfach so, daß es sich um ein schweres und nur mit unverhältnismäßigen Kosten transportables Produkt handelt und daher der süddeutsche Teil dieser Industrie eine Art Monopol hat, das ihn nicht veranlaßte, sich technisch zu verbessern, was in dem westlichen Teile offenbar geschah. Diese Ziffern sind uns zufällig bekannt, sie reden deutlich. Es gibt aber kein ausreichendes Material, das allgemeinere Schlüsse gestattete auf den Anteil, den die verschiedenen Faktoren an der Produktionsverminderung haben. Eine Regierungsstelle wollte solches Material beschaffen, man hat ihr die Arbeit sabotiert."

Es ist recht bezeichnend, daß überall, wo der Versuch gemacht wird, den Anteil der „verschiedenen Faktoren an der Produktionsverminderung" objektiv festzustellen, der Widerstand der Unternehmer die Untersuchung vereitelt. Das Internationale Arbeitsamt hat die gleiche Erfahrung gemacht wie die deutsche Regierungsstelle.

Im übrigen verschließen sich die deutschen Gewerkschaften nicht, wie Lensch aus durchsichtigen Gründen glauben machen möchte, der Forderung nach Erhöhung der Produktion. Sie sind durchaus bereit, „bei gleichzeitiger Anwendung aller andern produktionssteigernden Maßnahmen ihre Mitwirkung zu einer möglichst ergiebigen Ausnutzung der Arbeitszeit zu geben und zu ihrer Anpassung an die durch Zeit und Umstände bedingten, besonderen Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft". Allerdings sind sie der Ueberzeugung, „daß es zur Steigerung der Produktivität keines Abweichens vom Grundsatz des Achtstundentages bedürfe. Die Gewerkschaften wünschen, „daß die schwebende Arbeitszeitgesetzgebung dem Rechnung trage dadurch, daß sie sich grundsätzlich auf den Boden des Achtstundentages stelle, gewisse Ausnahmen für Notfälle vorsehe, aber es im übrigen den Tarifverträgen überlasse, den Besonderheiten der wirtschaftlichen Lage im Interesse des Gesamtwohls Genüge zu tun".

Diese Gesichtspunkte hat eine Vertretung der vier Spitzenverbände der Gewerkschaften aller Richtungen am 4. November dem Reichsarbeitsminister dargelegt und die Zusicherung erhalten, „daß die Reichsregierung durchaus entschlossen sei, die sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmer auf dem Gebiet der Arbeitszeit zu wahren".

Trotz dieser Zusicherung besteht die von der „Frankfurter Zeitung" betonte Gefahr, daß es den Arbeitgebern und ihrem publizistischen Vorspann gelingt, „den weitesten Kreisen die Ueberzeugung beizubringen, daß eine Vermehrung der Produktion nur deshalb nicht möglich sei, weil die Arbeiter nicht geneigt seien, mehr zu arbeiten". Gegenüber dieser bequemen und unwahren Behauptung kann nicht nachdrücklich genug auf die produktionshemmenden Faktoren hingewiesen werden, die in der Wirtschaftspolitik der Unternehmer, der Kartelle und Trusts sowie in der mangelnden „Ausnutzung technischer und organisatorischer Möglichkeiten gelegen" sind.

Bekämpfung oder Förderung der Arbeitslosigkeit?

Wie behördlicherseits mitunter die Arbeitslosigkeit gefördert wird, soll an nachstehendem Beispiel gezeigt werden, das uns von der Gauleitung in Liegnitz übermittelt wird:

Die Firma Seidel, Marmor- und Granitwerk in Oels bei Breslau, hat es seit längerer Zeit verstanden, ihren Betrieb mit den Strafgefangenen des dortigen Gerichtsgefängnisses (25 Arbeiter) zu führen, obwohl an freien Arbeitskräften kein Mangel, sondern Ueberfluß vorhanden ist. Allerdings müssen freie Kräfte anders entlohnt werden, als dies bei Strafgefangenen notwendig ist. Näheres geht aus untenstehender Antwort des Generalstaatsanwaltes hervor. Obwohl die Verwendung von Strafgefangenen schon seit mehr als einem Jahr geübt wurde, kam uns dieses erst vor kurzer Zeit zur Kenntnis, während die Arbeitgeber bzw. deren Verband schon länger davon unterrichtet waren. Letztere richteten eine Eingabe an den Generalstaatsanwalt, in der sie wegen der viel zu geringen Entlohnung der Strafgefangenen durch die Firma monierten. Darauf wurde folgende Antwort gegeben:

Der Generalstaatsanwalt. 2. VII. 82. 78.

Breslau, den 20. September 1922.

Ihre an den preußischen Justizminister gerichteten Eingaben vom 15. Juli 1922 und 26. August 1922 betr. die Entlohnung der im Betriebe der Firma Oskar Seidel beschäftigten Gefangenen des Gerichtsgefängnisses Oels sind durch Erlaß vom 18. Juli 1922 VIII. 3895 und 30. August 1922 VIII. 4327 mir zur Prüfung und weiteren Veranlassung zugefertigt worden.

Die Prüfung des Sachverhalts hat ergeben, daß von der Firma Oskar Seidel in Oels für die Ausführung von Marmor- und Granitpolierarbeiten im Gefangenenarbeitsbetriebe des Gerichtsgefängnisses Oels seit längerer Zeit wesentlich höhere Lohnsätze als die von Ihnen angegebenen Beträge von 4 bzw. 6 M. entrichtet werden. Seit dem 1. August cr. zahlt die Firma Seidel für einen gelernten Steinmetzen, der drei Jahre Lehrzeit erledigt hat, den Tagessatz von 36 M., für die ungelernten Arbeiter den Betrag von 15 bis 30 M., je nach der zeitlichen Dauer der Beschäftigung und des Maßes der Arbeitsleistung. Vom 1. Oktober d. J. ab werden die Tagesentlohnungen der Gefangenen eine weitere bedeutende Steigerung erfahren und für einen gelernten Steinmetzen 50 M., im übrigen für ausgelernte 40 bis 46 M., für einen Lehrling 20 M. betragen. Diese Lohnsätze werden von Vierteljahr zu Vierteljahr unter Berücksichtigung der auf dem Arbeitsmarkt bezahlten Löhne an freie Arbeiter nachgeprüft und jeweils neu festgesetzt werden.

Die von der Firma Seidel ab Oktober zu entrichtenden Lohnsätze erachte ich zunächst als ausreichend, wenn man, außer den allgemeinen Nachteilen der Gefangenenarbeit (geringere Arbeitsleistung gegenüber den freien Arebitern, häufiger Wechsel der Arbeitskräfte, mutwillige Beschädigungen usw.) berücksichtigt, daß der Firma Seidel beim Anlernen der fast sämtlich ungeübten Gefangenen ein nicht unerheblicher Materialschaden erwächst, ferner daß die Kosten des Materialtransportes zwischen Gefängnis und Geschäftsraum der Firma recht bedeutend sind, schließlich, daß es infolge der Eigenart des Betriebes mindestens drei bis vier Monate dauert, ehe der Gefangene wirklich nutzbringende Arbeit leistet.

Zu dem beantragten Ausschluß der Firma Seidel von dem Gefangenenarbeitsbetriebe des Gerichtsgefängnisses in Oels habe ich daher keinen begründeten Anlaß gefunden.

gez. J. V.: Schneider.

Mit obiger Antwort scheinen sich die Arbeitgeber bzw. deren Verband abgefunden und beruhigt zu haben und weitere Schritte für aussichtslos zu betrachten. Keineswegs kann diese Angelegenheit damit auch für uns erledigt sein. Seit langen Jahren arbeiten Hunderte von unsern Kollegen in andern Industrien, sind zeitweise und auch besonders jetzt wieder große Teile arbeitslos oder arbeiten seit längerer Zeit verkürzt, während die noch in Arbeit stehenden unter dem Hinweis auf die sehr bedrängte Lage der Steinindustrie unter äußerst schlechten Löhnen zu leben verurteilt werden. Einzig und allein das nackte Profitinteresse der Firma Seidel ist die Ursache der Gefangenenarbeit. Die vom Generalstaatsanwalt angeführten Begründungen für die niedrige Bezahlung, mögen zum Teil zutreffen, nicht aber in dem Maße, um die Schmutzkonkurrenz der Firma, die nach Ansicht der übrigen Arbeitgeber getrieben wird, zu behindern. Sei es aber wie es sei, die Steinindustrie dürfte am allerwenigsten dazu geeignet sein, unter den heutigen Verhältnissen Arbeit für die Strafgefangenen abzugeben.

Nachdem uns diese Angelegenheit zur Kenntnis gebracht wurde, haben wir unterm 27. Oktober d. J. in einer Eingabe an den zuständigen Demobilmachungskommissar sowie an die Strafanstaltsleitung dagegen Protest erhoben, wobei wir auf die Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzungen in unserer Industrie hinwiesen und um möglichst umgehende Abstellung dieser Förderung der Arbeitslosigkeit für freie Arbeiter ersuchten. Bis heute sind wir noch ohne jeglichen Bescheid. Unterdessen steigt die Ziffer der auf Erwerbslosenunterstützung gesetzten Berufskollegen, aber das brauchen ja auf Monatsgehalt und Lebensdauer angestellte Beamte nicht zu bedenken. Wir wählen deshalb diesen Weg, um den zuständigen Instanzen nachdrücklichst nahezulegen, den sprichwörtlichen Amtsschimmel nicht allzustark zu überanstrengen, während Berufssteinarbeiter die Arbeitsvermittlungsämter belagern und mit ihren Familien äußerster Not ausgesetzt sind.

Es gibt sicherlich noch andere Arbeiten für Strafgefangene, bei denen der Allgemeinheit und den Arbeitern keinerlei Schaden entsteht. Die Gewinnsucht eines einzelnen kann nicht über das Allgemeinwohl gestellt werden. Die Gauleitung hat sich erboten und steht hierzu noch heute, der Firma jederzeit die notwendigsten Arbeitskräfte zu vermitteln. Eine derartige Ausrede kann also nicht gebraucht werden. Es wird hiermit nochmals Protest erhoben und die Freigabe der vorhandenen Arbeit für die freien Arbeiter gefordert, solange diese unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Kollegen!
Gedenkt der Steinsammlung im Hauptbureau!
Etwaige Zuwendungen erfolgen nach den Unterlagen des Aufrufs in Nr. 24 und 25 des „Steinarbeiter".

Aus den Zahlstellen.

Zur Mitgliederbewegung. Der Mitgliederstand am Schlusse des 3. Quartals ließ eine merkliche Abschwächung der Aufwärtsbewegung erkennen. Betrug die Mitgliederzunahme im 2. Quartal d. J. 5,9 Prozent des vorhergehenden Quartalbestandes, so sind es diesmal nur noch 1,7 Prozent. Die Ursachen werden sofort ersichtlich, wenn die einzelnen Posten des Zu- und Abganges der beiden Quartale miteinander verglichen werden:

	2. Quartal	3. Quartal	Zunahme	Abnahme
Zugang.				
Neueintritte	3664	2364	—	1300
Uebertritte von anderen Verbänden	1732	708	—	1024
Zugereist	553	2210	1657	—
Abgang.				
Austritte	862	707	—	155
Streichungen	170	148	—	22
Ausschlüsse	25	15	—	10
Uebertritte zu anderen Verbänden	993	1167	174	—
Abgereist	967	2276	1309	—
Gestorben	74	63	—	11

Die ab- und zureisenden Kollegen können bei der Erörterung außer Betracht bleiben, da sie ja einen ständigen Bestandteil des Verbandes bilden. Auffällig ist jedoch sowohl die Abnahme der Neueintritte, wie auch die Abnahme der Uebertritte aus andern Verbänden, während die Uebertritte zu andern Verbänden zugenommen haben.

Obgleich innere Ursachen zur Verlangsamung des Aufstieges der Mitgliederbewegung nicht vorzuliegen scheinen (haben doch die Austritte, Streichungen und Ausschlüsse eine erfreuliche Verminderung erfahren), so ist es doch wohl fraglich, ob die Abschwächung der Aufwärtsbewegung nur auf das Einsetzen einer Verschlechterung des allgemeinen Geschäftsganges zurückzuführen ist oder ob ein Nachlassen in der Agitation bzw. ein Nachlassen der Werbekraft unseres Verbandes damit verbunden ist. Allerdings liegt noch eine dritte Möglichkeit für die Verlangsamung des Aufstieges vor — die Erschöpfung unseres Rekrutierungsgebietes. Doch kann hiervon keine Rede sein, so lange Kollegen noch berufsfremden und gegnerischen Organisationen angehören.

Steinarbeiter gehören in den Steinarbeiter-Verband, der um so leistungsfähiger wird, je lückenloser der Zusammenschluß der Berufskollegen in ihrer zuständigen Organisation wird. Daher erlahme kein Kollege in der Agitation für unsern Verband!

Arbeitslosenzählung im Verband. Die Zählung für den Monat Oktober wies eine größere Zahl Arbeitsloser auf als wie in den Vormonaten. Während in den Vormonaten Arbeitslose nicht über 60 zu verzeichnen waren, wurden im Oktober bereits 163 Arbeitslose ermittelt. Diese verteilen sich nur auf die gesamte Werksteinindustrie; in der Pflastersteinindustrie waren Arbeitslose nicht vorhanden.

Auch die Kurzarbeitszeit hat bereits wieder ihren Einzug gehalten; in 27 Betrieben mit 561 Kollegen wurde verkürzt gearbeitet.

Daß die Zahl der Arbeitslosen noch etwas höher ist, als wie in der Statistik angegeben wird, kommt daher, weil mehrere Ortsverwaltungen sich trotz öfterer Aufforderung nicht an der Zählung beteiligen. Diesen Monat waren es sogar 300 Zahlstellen, die keine Zählkarte eingesandt haben. Es ist schon wiederholt gebeten worden, auch dann die Zählkarte einzusenden, wenn keine Arbeitslose am Ort vorhanden sind. Die Zählung verliert durch die schlechte Beteiligung jeden praktischen Wert zu Unterlagen irgendwelcher Art. Wenn sie sich nicht bessert, müssen doch schließlich andere Mittel und Wege gefunden werden, damit die betreffenden Zahlstellenverwaltungen der kleinen Pflicht nachkommen.

Bis zum 10. des laufenden Monats muß das Resultat der Zählung an das Reichsarbeitsamt vom Verbandsvorstand eingesandt werden; später eingehende Meldungen bleiben daher unberücksichtigt.

Tiefenstein. Am 4. November fand eine gut besuchte Monatsversammlung statt, mit umfangreicher Tagesordnung. Wir müssen die Vorgänge in Tiefenstein etwas schildern; denn es kommt in dem Schwarzwald-Granit-Werke F. Humbert vor, daß arbeitsuchenden Kollegen ständig mitgeteilt wird, hier sofort in Arbeit zu treten, für Kost und Logis sei gesorgt, was aber durchaus nicht der Fall ist. So kamen vor kurzer Zeit mehrere Kollegen hier an, die sich selbst nach Quartier umsehen mußten, da die Wohnungsnot hier genau so herrscht wie anderswo; so sind die meisten Kollegen gezwungen, von hier wieder abzuziehen. Noch weiter aber fehlt es im Betrieb selbst an vielem. Es sind zum Beispiel die Werkbuden so schlecht gedeckt, daß bei Regenwetter die Arbeitsstätte unter einer Traufe steht. Die Herren der Firma halten es auch weiter für überflüssig, Sprengbretter herzustellen, obgleich die Kollegen sehr dicht nebeneinander arbeiten, und die Steinsplitter große Unfallgefahren darstellen, die auf die Dauer nicht unbeachtet bleiben können. An Unterkunftsraum fehlt es bisher, da die meisten Kollegen mittags nicht nach Hause gehen können, sondern spärliches Mittagsbrot mitnehmen müssen. Deshalb hielten wir es für angebracht, einen Unterkunftsraum aufstellen zu lassen, um nicht wie bisher in der Schmiede, die an keiner Seite dicht geschlossen ist, sich aufhalten zu müssen. Die Arbeitgeber wissen nur, was sie von den Arbeitern an Tagesleistung fordern sollen, das letzte wird herausgeholt; alles andere betrachten sie scheinbar als Nebensache. So wurden vor kurzer Zeit etliche Kollegen wegen Lohndifferenzen bei Herrn F. Humbert vorstellig, wo er ihnen nur mit den Worten entgegnete, wer für diesen Lohn nicht arbeiten will, der kann die Arbeit einstellen, er bekomme schon wieder Leute. Als ein Kollege nicht ging, sondern mit ihm weiter verhandeln wollte, schrie auch noch die Frau Humbert ihrem Manne zu: „Eberhard, schlag ihn doch nieder, wenn er das Maul nicht hält!" Versprechungen zur Besserung sind schon oft gemacht, aber es geschieht leider nichts. Immer sind es noch die gleichen Zustände. Die Zahlstellenleitung ersucht deshalb etwa zureisende Kollegen, sich erst beim örtlichen Vorstand zu erkundigen. Bei brieflichen Anfragen bitten wir Rückporto beilegen zu wollen.

Floß. Am 4. November fand unsere Quartalsversammlung statt. Kollege Wirth gab den Kassenbericht vom 3. Quartal. Derselbe wurde in Ordnung befunden und Entlastung erteilt. Dann erstattete Kollege Wirth auch den Bericht von den letzten Teuerungsverhandlungen, die ergebnislos verlaufen sind, weil die Unternehmer nur eine Zulage von 2200 Prozent bewilligten. Am 31. Oktober wurde auf dem Tarifamte neuerdings über Teuerungszulagen verhandelt. Dort wurden statt dem Angebot der Unternehmer, 3000 Prozent herausgeholt, so daß die jetzige Teuerungszulage 9000 Prozent beträgt. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Teuerungszulage wohl zu wenig, aber in der heutigen Geschäftslage nicht anderes zu erwarten sei. Der Winter ist im Anmarsch. Wenn man die ganzen Verhandlungen im Sommer betrachte, so muß konstatiert werden, daß die Unternehmer im Laufe der Verhandlungen doch immer weitere Angebote machten, während sie diesmal strikte auf ihrem Angebot stehen blieben. Am Schlusse der Versammlung kritisierte der Vorsitzende deren schlechten Besuch und kam auf die zwei Fälle, die sich erst kürzlich in unserer Zahlstelle zugetragen haben, zu sprechen. Anstatt daß sich die Kollegen immer fester zusammenschließen und im gegebenen Falle einer den andern verteidigt, erleben wir gerade das Gegenteil. Ein Kollege (Hilfsarbeiter) von der Firma Bruchner erhielt nach der letzten Teuerungszulage für Oktober anstatt 51.85 M. bloß 35 M. pro Stunde ausbezahlt, auf Anregung der einzelnen Kollegen. Der Betriebsleiter der betreffenden Firma erklärte unserm Vorsitzenden gegenüber, er würde sich seine guten Arbeiter selber verderben, wenn er dem betreffenden Kollegen den Lohn bezahlt wie jedem andern, weil er kein Vollarbeiter ist und sich seine Arbeiter bei ihm indirekt beschwert haben. Im zweiten Falle soll sich bei der Firma Schaller unser Vorsitzender durch Aufreizung zur Aufregung eine Beleidigung gegen dem Unternehmer Schaller, der aber gar nicht im Betriebe war, zuschulden haben kommen lassen. Natürlich die Herren Unternehmer sind in der heutigen Zeit gleich bereit, unliebsame Kollegen aus ihrem Betriebe zu entfernen, unserm Vorsitzenden wurde natürlich gekündigt. Derselbe erhob beim Betriebsrat Einspruch. Erst nach längerem Hin und Her zwischen Betriebsrat, Unternehmer, Schlichtungsausschuß erschien der Unternehmer beim Betriebsrat und erklärte, er nehme die Kündigung zurück. Man sieht eben, mit welchen Mitteln die Unternehmer arbeiten und mit welchen Tricks sie unsere eigenen Kollegen benutzen. Es gibt leider noch Kollegen unter uns, die sich dazu hergeben, denken aber nicht daran, daß sie sich und die ganzen Kollegen schädigen!

Raumünzach. Am 4. November fand unsere Quartalsversammlung statt. Kollege Max Eid verlas die Abrechnung vom 3. Quartal; es wurde alles in Ordnung befunden und Entlastung erteilt. Dann teilte Eid mit: an Teuerungszulage wurde bewilligt 5900 Prozent für Werksteingruppe und 72 Prozent für Pflastersteingruppe, und zwar vom 1. bis 30. November. Die Kollegen protestierten über den monatlichen Abschluß der Teuerungszulage, da sie nur noch auf 14 Tage abschließen wollen. Ferner wurde Protest erhoben gegen den Martin Peter aus Varnhalt, der zur Zeit Bruchmeister bei der Firma Simons-Bau-Union in Schwarzenbach bei Raumünzach ist. Martin Peter war langjähriger Steinbruchbesitzer in Varnhalt bei Baden-Baden. Dort haben bei ihm in Varnhalt unglaubliche Zustände geherrscht. Erstens mußte Martin Peter zu jeder tariflichen Bezahlung erst gezwungen werden. Zweitens brüllte er den ganzen Tag wie ein Löwe im Steinbruch herum. Die Tagelohnarbeiter trieb Peter mit dem Stock zur Arbeit an. Arbeitete einer nicht wie ein Packesel, wurde er mit dem Stock aus dem Betrieb gejagt. Fast täglich war Herr Peter im Betrieb, nur am Lohntag mußten die Arbeiter gewöhnlich bis gegen 7 Uhr abends auf Herrn Peter warten, um 8 bis ½9 Uhr konnte der letzte endlich durch eine große Streitigkeit seinen Lohn erhalten. Bei Arbeitsaustritt mußte bald jeder Kollege das Gewerbegericht um Hilfe anrufen. Es ist wirklich schwer, zu begreifen, wie eine Firma wie Simons-Bau-Union-Gesellschaft in Schwarzenbach dazu kommen kann, einen solchen Mann wie Martin Peter als Bruchmeister einzustellen. Außerdem ist Herr Peter erst gegen Ostern dieses Jahres zum wiederholten Mal aus der Irrenanstalt entlassen worden. Unter einem solchen Regime wollen die Kollegen nicht arbeiten. Der Vorsitzende, Kollege Eiser, machte den Vorschlag, solange Herr Peter als Bruchmeister angestellt ist, soll jeder fremde Kollege dem Betrieb fernbleiben. Auf Antrag sämtlicher Kollegen ist der Betrieb sofort und solange zu sperren, bis Herr Peter den Betrieb für immer verlassen hat. Viele Kollegen in Deutschland werden Herrn Peter selbst kennen und die übrigen sollen auf Grund obiger Schilderung abgehalten werden, ihre Schritte nach hier zu lenken.

Halle. Seit Uebernahme der Firma Fr. Schulze durch Herrn a Brassard haben die Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in diesem Betrieb nicht aufgehört. Die hiesige Zahlstelle, die davon ein Liedchen singen kann, hat zwar immer versucht, die gegenseitigen Reibereien zu überbrücken, aber nachdem a Brassard wieder einmal die ganze Belegschaft der Marmorbranche ausgesperrt hat, sind wir als Zahlstelle gezwungen, einmal allen Kollegen das Gebaren dieses Herrn zu zeigen. Die Organisation ist ihm ein Dorn im Auge, weil durch deren Eingreifen immer die Rechte der Mitglieder gewahrt wurden und was man ergebnislos bei den Steinmetzen versucht hat: Uneinigkeit unter die Kollegen zu bringen, gedenkt man jetzt in der Marmorbranche durchsetzen zu können. Weil man nun an tariflich festgesetzte Löhne gebunden ist, versucht man bei jeder Lohnerhöhung den Groll darüber auf anderm Wege und in andern Formen an den Arbeitern auszulassen. Der Betrieb rentiert sich nicht mehr, er muß umgestellt werden, mißliebige Leute müssen entlassen werden usw. Dabei ist dieser Marmorbetrieb, gegründet vor zirka 2½ Jahren in einer schlammigen, gesundheitsschädlichen Baracke, heute dagegen zu einer neuen, großen modernen Marmorschleiferei umgestaltet, wozu sicher die niedrigen Löhne und die Ueberstunden der Arbeiter von damals mit beigetragen haben. Der Grund der Aussperrung ist folgender: Ende Oktober tagte eine Betriebsversammlung über ¼ Stunde der Mittagspause hinaus. Die Kollegen beschlossen, die ¼ Stunde am selben Tage nachzuholen. Der Unternehmer verweigerte es, weil er nicht rechtzeitig davon benachrichtigt sei. Darauf Beschluß der Belegschaft, die Arbeit am Nachmittag ganz ruhen zu lassen. Es wurde dann am folgenden Tage vereinbart, die vier Stunden im Laufe der nächsten Woche nachzuholen, was auch geschah. Im Laufe dieser Zeit trat nun eine Lohnerhöhung ein. Der Unternehmer bezahlte nun aber die nachgeholten Stunden zu den alten Löhnen, obwohl davon nichts vereinbart war. Die Kollegen verweigerten hierauf das Nachholen der vierten Stunde. Obwohl nun der Schlichtungsausschuß zur Regelung der Streitfrage angerufen ist, beharrte der Unternehmer auf seinem Standpunkt und entließ die Kollegen. Zur Information der Kollegen, die einmal bei dieser Firma auf Arbeit reflektieren, diene folgender Auszug einer Bekanntmachung: „Männer mit Schmuckringen bei der Arbeit sind keine Männer, ich kann sie nicht für ernst und gesetzt genug ansehen, um sie gebrauchen zu können . . . Wenn in meiner Abwesenheit politische Lieder gesungen werden, wird damit etwas bezweckt. In meinem Betriebe kann gesungen werden was will, nur keine politischen Lieder . . . Diejenigen, die die Arbeit bewußt sabotieren, sind Idealisten im besten Falle und Arbeitsidealisten kann ich in meinem Betriebe nicht gebrauchen . . ." (Schröcklich! Red.) Der Betrieb ist und bleibt solange gesperrt, bis Herr a Brassard einsieht, daß nicht er allein bestimmen kann und für Recht hält, was nach seiner Meinung das richtige ist, sondern das auch heute den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht zusteht.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(W. W. S.) Je mehr wir uns dem Winter nähern, um so deutlicher machen sich die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Kohlenversorgung bemerkbar. In den Berichten der Landesarbeitsämter, der Handelskammern, der wirtschaftlichen Verbände und Aktiengesellschaften kehren die Klagen über ungenügende Kohlenzufuhr schon seit geraumer Zeit regelmäßig wieder. Die Reichsbahn muß für das laufende Betriebsjahr etwa für 58 Milliarden Mark Auslandskohle zukaufen, um einigermaßen den Ansprüchen des Verkehres gerecht werden zu können. Auch die Industrie sieht sich genötigt, erhebliche Mengen ausländischer Kohle zu verwenden, wodurch bei dem jetzigen Stande der Mark die Gestehungskosten ganz beträchtlich in die Höhe getrieben worden. In der Großeisenindustrie bildet vor allem die Koksfrage den Gegenstand ernster Sorge. Die Kleineisenindustrie (z. B. Solingen, Remscheid), verschiedene Emaillier- und Metallwerke, Porzellanfabriken und Glasbläsereien haben sich bereits genötigt gesehen, Betriebseinschränkungen und sogar völlige Stillegungen wegen Kohlenmangels vorzunehmen. Das Ueberschichtenabkommen hat bisher nur teilweise eine gewisse Erleichterung gebracht. Trotzdem hat aber die deutsche Industriearbeiterschaft das größte Interesse an der Fortführung der Ueberschichten im Bergbau, da mit deren Wegfall die Lage des deutschen Kohlenmarktes sich in verschiedenen Bezirken geradezu katastrophal entwickeln und eine bedeutende Verschlechterung des Beschäftigungsgrades in der weiterverarbeitenden Industrie nach sich ziehen würde. Die deutschen Bergarbeiter haben sich seinerzeit mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft ganz Deutschlands bereit erklärt, ein Opfer zu bringen und Ueberschichten zu verfahren, man kann deshalb wohl hoffen, daß dieser Gesichtspunkt auch künftighin für die Stellungnahme der Bergarbeiterverbände zum Ueberschichtenabkommen maßgebend sei. Die deutsche Industrie hat ohnehin schon mit großen Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung zu kämpfen. Der Absatz von Waren im Inlande beginnt unter dem Druck der allgemeinen Teuerung auf verschiedenen Gebieten bereits zu stocken. Besonders charakteristisch ist in dieser Beziehung das Nachlassen der Aufträge in fast allen Zweigen des Textilgewerbes und der Schuhindustrie. Wenn zur Absatzkrise noch der Kohlenmangel hinzutritt, so ist ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft im kommenden Winter bitterster Not preisgegeben. Auch die Zahlungsbilanz Deutschlands wird durch jede Steigerung der Zufuhr ausländischer Kohle weiter verschlechtert. Die Markentwertung, die in letzter Zeit etwas zum Stillstand gekommen ist, würde hierdurch erneute Fortschritte machen und eine neue Teuerungswelle im Inlande nach sich ziehen. Wie weit die Dinge schon gediehen sind, zeigen die Teuerungswelle in verschiedenen Teilen Deutschlands. Mögen hierbei auch zuweilen Provokationen eine Rolle spielen, so ist es doch kein Zufall, daß derartige Ereignisse gerade bei Beginn der kalten Jahreszeit einsetzen. Nächst der Ernährung ist wohl die Erwärmung das dringendste menschliche Bedürfnis. Weite Schichten unseres Volkes müssen aber gegenwärtig ihr ganzes Arbeitseinkommen zur Bestreitung der notwendigen Ausgaben für Lebensmittel aufwenden und wissen nicht, wie sie das Geld zur Anschaffung von Heizmaterial und warmen Kleidungsstücken aufbringen sollen. Angesichts dieser Sachlage kann man nur mit Schaudern das vorläufig noch langsam, vielleicht aber sehr bald in raschem Tempo sich vollziehende Steigen der Arbeitslosigkeit beobachten. Im Hinblick auf die drohende Verschlechterung unserer Wirtschaftslage erscheint es besonders bedauerlich, daß nach der Abreise des amerikanischen Bankiers Morgan in seine Heimat die Aussichten auf ein baldiges Zusammenkommen der Brüsseler Finanzkonferenz sich wieder verringert haben. Will man Deutschland erst in den Zustand völliger wirtschaftlicher Ohnmacht und Hilflosigkeit hinabsinken lassen? Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die Gestaltung der Dinge bei uns auch für Westeuropa und Amerika von größter Bedeutung ist.

Die Teuerungswelle. In den Monaten August bis Oktober 1922 hat die Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise in Deutschland infolge der rapiden Markentwertung ganz besonders starke Fortschritte gemacht. Auf Grund der Lebensmittelpreisstatistik für die 200 größten Plätze des Deutschen Reiches berechneten sich die Kosten des Nahrungsmittelaufwands einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, im Oktober auf 6492.39 M. je Woche gegen 3004.35 M. im vorangegangenen Monat und 2420.48 M. im August d. J. Es ergibt sich also eine Steigerung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel um 61,3 Prozent von August auf September und um weitere 64,8 Prozent von September auf Oktober. Für eine Reihe wichtiger Plätze in verschiedenen Teilen Deutschlands berechneten sich die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelaufwands einer vierköpfigen Familie im August und Oktober d. J. in Mark wie folgt:

1922	August	Oktober
Groß-Berlin	2474.58	6567.96
Gleiwitz	2324.31	6184.14
Gelsenkirchen	2512.08	7435.41
Frankfurt a. M.	2449.35	6730.41
Aachen	2866.29	8123.82
Coblenz	3003.03	7976.22
Köln a. Rh.	2541.84	7136.61
Saarbrücken	4899.39	14626.59
Leipzig	2475.42	6707.73
Hamburg	2201.23	6651.72
Dortmund	2390.82	6831.93

Aus der vorstehenden Tabelle geht deutlich hervor, daß die Teuerung im besetzten Gebiete und in dessen unmittelbarer Nachbarschaft am größten ist.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. „Der Schuhmacher" brachte kürzlich unter der Ueberschrift: „Allen, die nach Mehrarbeit — der anderen — schreien, an den Spiegel stecken", eine Notiz über die Preissteigerung des Leders, die verdient, in weite Arbeiterkreise zu dringen:

Vor dem Kriege kostete ein Kilo Bodenleder 3.50 M. Heute verlangt man dafür 3000 M. Das ist 875mal soviel!

In Friedenszeiten zahlte man für den Quadratfuß Boxkalb 1.60 M. Heute werden dafür 1200 M. verlangt. Das ist 750mal soviel!

Für ein Pfund Rindshaut zahlte man vor dem Kriege 70 Pf. Heute ist ein Preis von 970 M. erklommen. Das ist das 1385fache!

Kalbfelle wurden vor neun Jahren mit 1 M. pro Pfund bewertet. Heute werden 1600 M. dafür erlöst. Das ist eine 1600fache Preissteigerung!

Der Ladenpreis für ein Paar Herrenstiefel, rahmengenäht, war vor dem Kriege 12.50 M. Heute sind unter 6000 M. derartige Stiefel kaum mehr zu haben. Die Preise sind auf das 480fache hinaufgesetzt!

Der mittlere Wochenlohn eines Schuhfabrikarbeiters wird vor dem Kriege etwa 38 M. betragen haben. Zur Zeit steht der tarifliche Lohn eines Akkordarbeiters auf 5170 M. pro Woche. Der Arbeitslohn des Arbeiters hat demnach erst das 136fache erreicht!

Zum Wiederaufbau Frankreichs. Vom Verband sozialer Baubetriebe wird uns mitgeteilt, daß sich seit Abschluß des Vertrages zwischen ihm und dem Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zahlreiche Arbeiter, Kaufleute und Techniker bei ihm um Arbeit in Nordfrankreich beworben haben. Der Verband sozialer Baubetriebe bittet uns, mitzuteilen, daß die Verhältnisse bis jetzt noch nicht bis zur Inangriffnahme praktischer Aufbauarbeiten gediehen sind, da über die Durchführung des Vertrages im einzelnen zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe und dem Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs noch Verhandlungen stattfinden. Sobald Arbeitskräfte für den Wiederaufbau selbst benötigt werden, wird dies der Verband sozialer Baubetriebe durch die Presse bekanntgeben. Bevor das geschehen ist, erübrigen sich weitere Anfragen.

An die Ortsausschüsse des ADGB. In Nr. 43 des Korr.-Bl. ist der Aufruf der „Deutschen Notgemeinschaft" erschienen. Er wendet sich in erster Linie an die deutschen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. An sie ergeht die dringende Bitte, denen zu helfen, die sich aus eigener Kraft nicht mehr helfen können und die am schwersten unter der allgemeinen Not und Teuerung zu leiden haben; denen auch Reich und Staat bei der allgemeinen Finanznot nicht das zum dürftigsten Leben Erforderliche gewähren können: die Sozialrentner, Witwen, Waisen und sonstige bedürftige Erwerbsunfähige.

Es handelt sich hierbei zum weitaus größten Teile um Angehörige der Arbeiterklasse. Deshalb wird auch die deutsche Arbeiterschaft bei diesem Hilfswerke nicht zurückstehen wollen.

Es ergeht daher an die Vertretungen der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Orten die dringende Aufforderung, sofort die notwendigen Vorkehrungen für eine möglichst umfassende Hilfsaktion einzuleiten. Wie sich die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen an die Spitze des Gesamthilfswerks gestellt haben, so sollten sich auch in den einzelnen Orten die Gewerkschaften aller Richtungen zur gemeinsamen Arbeit auf diesem Gebiet zusammenfinden. In verschiedenen Orten und Bezirken ist das schon geschehen. Im allgemeinen ist vorgesehen, daß die Erträgnisse der Sammlungen am Ort bzw. im Bezirk bleiben; nur ein geringer Betrag soll an eine Ausgleichskasse fließen, damit ärmere Bezirke nötigenfalls einen Zuschuß erhalten können. Auch die Betriebsräte können zur Mitwirkung herangezogen werden, indem sie nach Verständigung mit den Werksleitungen die Sammlungen in den Betrieben organisieren, da auch die großen Arbeitgeberorganisationen den Aufruf der Notgemeinschaft mitunterzeichnet haben.

Und nun: Doppelt gibt, wer schnell gibt.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 11.—25. November 1922.

Groitzsch 1410.—, Leipzig 20 000.—, Zöblitz 20 000.—, Weiler 2000.—, Villmar 1508.80, Röllfeld 6783.20, Mahen 35 000.—, Liegnitz 5000.—, Königsbrück 30 000.—, Hohburg 70 000.—, Gahma 1071.—, Dreisbach 7945.40, Annerod 4000.—, Adelebsen 50 154.58, Barneck 18 230.25, Kirchenlamitz 25 000.—, Kembach 2865.—, Rachelshausen 1000.—, Karlsruhe (V. D. G.) 21 189.20, Reichenbach i. V. 1080.—, Hoyerswerda 746.—, Bad Lausick 800.—, Schwerin 1208.—, Dornreichenbach 100.—, Moosach 5.—, Chemnitz 11 000.—, Breslau 25 000.—, Demitz 505.—, München 20 000.—, Rammelsbach 13 052.—, Treuchtlingen 17 000.—, Weinböhla 472.—, Klein-Räschen 310.—, Raumünzach 15 000.—, Rupbach 5000.—, Rentzschmühle 10 000.—, Riesa 13 000.—, Pilgramsreuth 3000.—, Ober-Beffingen 3634.—, Nürnberg 19 192.—, Ludwigshafen 20 000.—, Karlsruhe 30 000.—, Häslich 20 000.—, Hamburg 90 000.—, Dossenheim 9589.30, Cöln I 15 000.—, Braunlage 20 000.—, Bielefeld 5000.—, Bennigsen 1125.60, Beerwaldermühle 651.20, Arnsdorf 46 874.30, Neustadt i. A. 975.—, Jagstfeld 591.—, Neusalz 400.—, Contwig 2652.—, Dörnberg 6500.—, Dornap 60 151.30, Fürstenwald 10 000.—, Groß-Kunzendorf 30 000.—, Hemsbach 80 000.—, Kaiserslautern 20 000.—, Ruhmannsfelden 2350.80, Ulm 21 036.—, Demitz 200 000.—, Altleiningen 3000.—, Ebergöns 10 000.—, Hauzenberg 2305.10, Ibbenbüren 12 214.90, Niederlamitz 15 000.—, Selb 4000.—, Reinersreuth 20 000.—, Fallersleben 600.—, Neureichenau 378.— ,Duisburg Ins. 151.—, Magdeburg 20 000.—, Langenaubach 3000.—, Eudensberg 24 880.—, Dreihausen 10810.80, Duisburg 10 000.—, Baumholder 8000.—, Bingart 5000.—, Reiffenhausen 4181.—, Cassel Ins. 80.—, Werder 4000.—, Ickeroth 6000.—, Theuma 9610.40, Odersbach 10 000.—, Eudenbach 12 000.—, Derdingen 11 975.50, Glatz 460.—, Wismar 405.—, Beucha 90 000.—, Altenhain 35 000.—, Grimma 50 000.—, Kl.-Steinheim 10 000.—, Lauban 20 000.—, Meißen I 27 000.—, Minden 483.90, Niederlinda 16 500.—, Rammelsbach 2198.—, Uebernatzhofen 5000.—, Wünschelburg 29 004.15, Würzburg 60 000.—, Weilers 1004.—, Lützen 430.—, Hall 750.—, Schwerin 1200.—, Leipzig 6.—, Wismar 235.—, Schmölln 540.—, Pfedelsbach 419.—, Kraiburg 392.—, Nonnenbach 343.—, R.-Schreiberhau (Liebig) 30.—, Wölferbütt 30 813.25, Trossenfurt 12 000.—, Schönbach 30 000.—, Saasen 4000.—, Neuenberg 5000.—, Regensburg 5000.—, Oberwiesen 10 000.—, Langenaltheim 30 000.—, Langensalza 21 828.—, Holenberg 12 392.40, Hasserode 21 500.—, Häslich 16 100.—, Freudenberg 8000.—, Frohburg 10 703.70, Bochum 5200.—, Altendiez 20 000.—, Beuthen 6555.80, Buchenau 4814.20, Friedenfels 10189.—, Häslicht 80 000.—, Maulbronn 5280.—, Zeil 45 000.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Bei dem häufigen Markenwechsel ist es dringendste Pflicht der Verbandsmitglieder, mit der Beitragsleistung stets auf dem Laufenden zu sein, um den Kassierern eine glatte, ordnungsgemäße Erledigung der Kassengeschäfte zu ermöglichen. Viele Kollegen fordern zwar eine Verkürzung der Karenzzeit, vergessen aber, daß neben vielen andern Voraussetzungen eine ganz pünktliche Beitragsleistung die Grundbedingung ist, um der Frage näher treten zu können.

Am 2. Dezember ist der 48. Wochenbeitrag fällig.

Ferner wird ersucht, den in Nr. 46 des „Steinarbeiters" zum Abdruck gebrachten Portotarif besser zu beachten, sonst muß die Annahme ungenügend frankierter Sendungen verweigert werden, damit die betreffenden Absender selbst sehen, woran sie es haben fehlen lassen. Es ist besonders zu beachten, daß Briefmarken mit dem Bildnis der Germania keine Gültigkeit mehr haben, folglich auf Sendungen mit solchen Marken frankiert der doppelte Betrag als Strafporto erhoben wird. Sendungen als Drucksachen und Geschäftspapiere müssen offen bleiben und dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten. Wenn zum Beispiel ein Mitgliedsbuch mit Sterbeurkunde oder Todesanzeige eingesandt wird, was als „Geschäftspapier" zulässig ist, weiß der betreffende Kollege im Vorstand, um was es sich handelt. Es ist deshalb überflüssig, noch einen Zettel beizulegen mit der Bemerkung: „Bitte um Anweisung des Sterbegeldes". Diese paar Worte machen das „Geschäftspapier" zum Brief und verursachen Strafporto. Jeder Betrag für Strafporto ist für den Verband eine ganz unnötige Belastung.

*

Ausgeschlossen wurden auf Antrag der Zahlstelle Süßlingen der Steinarbeiter Franz Tönge wegen Streikbruchs und auf Antrag der Zahlstelle Mannheim der Steinmetz Paul Schlich wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

*

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 28. November die Abrechnung des 3. Quartals noch nicht eingesandt:

1. Gau: Frankfurt a. O., Greifswald.
3. Gau: Wermsdorf.
4. Gau: Ibbenbüren, Minden, Rüthen, Volkmarsen.
5. Gau: Aachen, Bonn.
6. Gau: Maulbronn.
7. Gau: Teuschnitz.
8. Gau: Viereth.
9. Gau: Hölzenhausen.
10. Gau: Sangerhausen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Quittung. Für den kranken Kollegen Heinrich Umscheid in Dorfprozelten gingen beim Unterzeichneten folgende Beträge ein: Freudenberg 200 M., Faulbach 200 M., Rauenberg 240 M., Miltenberg 120 M., Großheubach 700 M., Kembach 50 M., Reistenhausen 250 M., Bürgstadt 800 M., Fechenbach-Dorfprozelten 2724 M. Summa 5284 M. Dankend quittiert.

Erhard Wolf, Bezirksleiter.

Adressenänderungen.

2. Gau.

Beuthen (Oberschlesien). Vors.: Alfred Laschziner, Gr.-Blottnitza bei Fa. Rosenthal.

10. Gau.

Römhild (Thür.). Vors.: Karl Bernhardt. Kass.: Friedr. Thein.

Neue Bücher, Zeitschriften.

„Die Neue Zeit". Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie, ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von 270 M. pro Vierteljahr zu beziehen. Einzelhefte kosten 25 M. Verlag J. H. W. Dietz, Stuttgart, Furtbachstr. 12. Die bekannte Zeitschrift erscheint im 41. Jahrgang und wird von allen gern gelesen, die Wert darauf legen auf theoretische sozialistische Fortbildung in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen.

„Der wahre Jacob". Verlag von J. H. W. Dietz, Stuttgart, Furtbachstr. 12. Fast jeder ältere Arbeiter kennt das sozialistische alle zwei Wochen erscheinende humoristisch-satirische Blatt. Einzelnummer 15 M. ohne die ortsüblichen Zuschläge. Zu beziehen durch die Post, alle Buchhandlungen und Kolporteure. Der Wahre Jacob erscheint im 39. Jahrgang.

„Das Erbrecht" hat der frühere Staatsminister Fritz Henck-Rostock in einem soeben im Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. Berlin SW 68 erschienenen Schriftchen für jedermann verständlich behandelt und an der Hand von vielen Erbfall-Beispielen zahlenmäßig erläutert.

In einem Anhang wird die Besteuerung des Erbfalles nach den neuesten Vorschriften (Gesetz vom 20. 7. 22) behandelt.

Der Ladenpreis des Büchleins beträgt zur Zeit 48 M. Seine Anschaffung ist nützlich.

„Vorwärts-Almanach 1923". (Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis zur Zeit 157.50 M.) Der diesmal mit besonders reichem Bildschmuck ausgestattete Almanach für das arbeitende Volk spiegelt lebenswahr alle großen Kulturströmungen in der sozialistischen Bewegung wider, die den Arbeiter körperlich, geistig und sittlich emporheben.

„Kommentar zur Pachtschutzordnung" von Hans Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium (Ladenpreis zur Zeit 136.50 M.). Der Kommentar enthält auch den Wortlaut der zur Ausführung des Reichsgesetzes erlassenen neuen preußischen Pachtschutzordnung vom 29. September 1922 und die am 31. Oktober 1922 ergangenen Uebergangsvorschriften und bietet somit das gesamte Material zur zweifelsfreien zuverlässigen Beratung in allen Fragen des neuen Pachtrechts.

Wichtigste kommunalpolitische Fragen behandelt der soeben im vereinigten Verlage J. H. W. Dietz Nachf./Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68 erschienene neue Band (1923) vom „Taschenbuch für Kommunalpolitiker". Damit auch weniger zahlungsfähige Interessenten sich das dem Kommunalpolitiker unentbehrliche Buch zulegen können, gewährt der Verlag bei Bestellung bis 1. Dezember d. J. Ermäßigung des Ladenpreises um mindestens 20 Prozent.

Julian Borchardt: „Kleiner Leitfaden der Redekunst". E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H. vormals A. Seehof & Co., Berlin C 54. Preis 176 M.

Die internationale Arbeitsorganisation und ihr Wirken von H. Fehlinger. Verlag Dieterichsche Verlagsbuchhandlung in Leipzig und

Die internationalen Wanderungen und die nächste allgemeine Arbeitskonferenz von Dr. Emmerich Ferenczi in Genf. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Beide Schriften sind herausgegeben auf Anregung der „Abteilung für Nachrichten und auswärtige Verbindungen". Beide Schriften, jede auf ihre Art, behandeln Probleme und Einrichtungen, die durch den Versailler Vertrag mit den Völkerbundsaufgaben zusammenfallen. Einem Bund, in dem Deutschland noch nicht zugelassen ist, aber das ihm unterstellte Arbeitsamt ist auf die Mithilfe Deutschlands angewiesen. Das beweisen die beiden Schriften, die auch das Verständnis dafür wecken und fördern wollen.

Briefkasten.

Wildf. H. L. Eine solche Gesellschaft in Leipzig habe ich nicht erkunden können. In der Sache selbst ist zu raten, sich an den Reichsverband der Deutschen Steinindustrie, Berlin SW 61, Lankwitzstr. 5 zu wenden. Dem Unternehmerverband stehen mehrere solcher Untersuchungsstellen zur Verfügung. Bei der Anfrage lege Rückporto bei.

Löbejün. Der Bericht ist wegen seines Inhalts dem Papierkorb einverleibt.

Alberzw. Solche Bekanntmachungen gibt man in der Versammlung bekannt. In der Zeitung nur, wenn Unterstützungen von außerhalb in Frage kommen.

Anzeigen

Grabmal- und Kriegerschriften
zeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Gießen (Hessen), Licher Straße 37
Moderne Schriften-Entwürfe.
(Verbands-Nr. 61202.)

Stellen auf sofort für dauernde Arbeit ein:
Tüchtige Brecher, Stößer, Kipper und Steinmetzen
gegen Tariflohn und hohen Akkord
Grotenburger Sandstein-Brüche
Karl Moier und Sohn, Detmold i. L.

Wir suchen sofort einen tüchtigen exerzierten **Bruchmeister** für einen unserer Granitbrüche, welcher zielbewußt das Gewinnen von Rohmaterial versteht. Reflektiert wird auf erste Kraft, welche auch Kenntnisse in der maschinellen Steinbearbeitung besitzt. Sicherer Kalkulator und Tarifrechner. Die Stellung ist dauernd und wird gut bezahlt. Offerten mit Zeugnisabschriften und Photos an Natursteinwerke A.-G. Freiburg i. Baden Sternwaldstraße 39.

Gesucht wird sofort
tücht. Maschinenschleifer,
welcher auch hinreichende Kenntnisse als **Gattersäger** besitzt und zugleich die Aufsicht über die Säge zu übernehmen imstande ist. Reflektiert wird auf tüchtige Kraft und gewähren wir außer Tariflohn eine entsprechende Zulage sowie freies Logis. Angebote mit Zeugnissen und Bild an Natursteinwerke A.-G. Freiburg i. Baden, Sternwaldstraße 39.

Bei hohem Lohn
einige Steinrichter
gesucht. Logis und Wohnungen vorhanden.
Hugo Uhl, Kassel
Gießbergstraße 40.

Tüchtiger Marmorschleifer
für Hand u. Maschine in dauernde Stellung sofort gesucht.
Hans Höhl, Marmor- u. Granitschleiferei Würzburg, Ulrichstraße.

Nehme hiermit die gegen den Betriebsrat ausgesprochene Beleidigung mit Bedauern zurück. Stoppel, Zahlstelle Steinau.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Strehlen** am 5. Oktober der Pflastersteinmacher **Gustav Schütze,** 63 Jahre alt, Magenkrankheit.

In **Saalburg** am 28. Oktober der Steinmetz **Walter Peterhänsel,** 21 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Seppenheim** am 31. Oktober der Pflastersteinmacher **Josef Huber,** 46 Jahre alt, Nierenleiden.

In **Beuda** am 4. November der Hilfsarbeiter **Fr. Ernst Leipnitz,** 49 Jahre alt, Krämpfe.

In **Demitz** am 5. November der Granitsteinmetz **Fr. Oskar Voigt,** 42 Jahre alt, Rippenfellentzündung.

In **Wolfshagen** am 12. November der Pflastersteinarbeiter **August Heine,** 66 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Koppelrodeck** am 13. November der Hilfsarbeiter **Josef Vogt,** 46 Jahre alt, Magenleiden.

In **Eichenbühl** am 14. November der Brecher **Emil Väth,** 38 Jahre alt, Leberleiden.

In **Klipphausen** am 14. November der Hilfsarbeiter **Otto Kastner,** 53 Jahre alt, Blutsturz.

In **Ickeroth** am 15. November der Brecher **Friedrich Faßbender,** 22 Jahre alt, Betriebsunfall.

In **Seinhofen** am 18. November der Schleifer **Georg Stauffer,** 50 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Breslau** am 19. November der Steinmetz **Reinhold Roske,** 39 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Albersweiler** am 20. November der Schießmeister **Leonhard Beiersdörfer,** 29 Jahre alt, Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Windler, beide in Leipzig.
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.